

Podcast: Januar und Februar im Stadtrat

Transkript:

Maria Simon:

Hallo und herzlich willkommen zu einer neuen Folge der Grünen Welle, unserem Podcast der grünen Stadtratsfraktion. In unserer Januar-Folge haben wir uns sehr speziell mit dem Haushalt beschäftigt. In der Rückschau heute sprechen wir nun über die Ereignisse im Stadtrat in den Monaten Januar und Februar. Mein Name ist Maria Simon. Ich bin Fraktionsvorsitzende der Grünen im Regensburger Stadtrat und darf euch heute zusammen mit Stephan Christoph, meinem Co-Vorsitzenden, durch die Folge führen.

Stefan Christoph:

Ja, herzlich willkommen auch von meiner Seite. Schön, dass Ihr wieder mit dabei seid. Wir haben heute einige Themen, wie ihr schon gehört habt, vor uns. Wir wollen noch mal kurz und abschließend über den Haushalt der Stadt reden, über den Bebauungsplan 215 - I am Ostbahnhof, eine Erneuerung der Stellplatzsatzung, über die Verkehrsberuhigung der Altstadt, das RVV-Sozialticket, ein Photovoltaik Förderprogramm in Regensburg und über unsere Fraktionsklausur. Also ihr seht, wir haben einige Themen im Gepäck. Fangen wir also gleich damit an.

Musik spielt.

Maria Simon:

Im Januar haben wir den Haushalt der Stadt Regensburg verabschiedet mit 847 Millionen €. Ein überdimensioniertes Paket, das wir nicht abarbeiten werden können. Und es ist viel Geld, das uns da anvertraut wurde. Damit sollten wir als Stadtrat die Zukunft Regensburgs gestalten. Schwerpunkte, wohin Regensburg sich entwickeln soll, fehlen uns in diesem Haushaltsentwurf aber leider. Gerade im Bereich der Stadtplanung und des Umwelt- und Klimaschutzes lässt sich keine rote Linie erkennen. Hier haben wir gerade mit Blick auf den Klimawandel sehr große Aufgaben, denen wir uns stellen müssen. Diesen Anforderungen wird der Haushalt aber leider nicht gerecht. Auch wurden für viele Projekte lediglich Planungsmittel eingestellt. Die tatsächlichen Kosten finden sich im Haushalt nicht wieder. Für uns heißt das, die Stadtverwaltung wird an vielen Stellen leider für den Papierkorb arbeiten. Es wird viel geplant, eine Umsetzung ist aber nicht gewiss und die Kosten für die Umsetzung werden am Ende ja trotzdem in den Haushalt eingestellt werden müssen. Sparen können wir dadurch nicht. Es gibt zwar durchaus einige positive Aspekte im Haushalt. So stellt zum Beispiel der Haushaltsposten für den Bildungsausschuss einen der größten Posten im Gesamthaushalt dar. Dass wir in Bildung, also für junge Menschen, investieren, das ist für uns keine Frage. Doch auch darüber hinaus müssen wir die Zukunft für die kommenden Generationen gestalten. Und das fehlt uns leider im Haushalt. Deshalb haben wir das Gesamtpaket abgelehnt. Heute kann ich noch neu berichten, dass die Regierung der Oberpfalz den städtischen Haushalt mittlerweile genehmigt hat. Die Regierung weist aber auch darauf hin, dass die geplanten Investitionen der Stadt sowie

Verpflichtungen, die nachhaltig belasten, kritisch zu prüfen sind, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt zu erhalten. Die Koalition kann also nicht weitermachen wie in den letzten Jahren und jeder Fraktion der Regierung die Wunschprojekte erfüllen, sondern muss sich auf eine einheitliche, in die Zukunft gerichtete Haushalts-Linie einigen.

Stefan Christoph:

Auch noch im Januar stand der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 215-I Industriegebiet am Ostbahnhof auf der Tagesordnung im Stadtrat und im Planungsausschuss. Dabei geht es um die geplante Container-Anlage im Südosten der Stadt, eben unweit vom Ostbahnhof. Im Vorfeld der Sitzungen ist die Beschlusslage viel in den Medien und auch in der Stadtgesellschaft diskutiert worden. Auf der einen Seite ist das Projekt ein wichtiger Baustein, um die Abwicklung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene weiter zu voranzutreiben. Auf der anderen Seite geht mit dem Projekt aber auch die Zerstörung eines Biotops einher und Belastungen für die Anwohner*innen vor Ort. Sowohl für als auch gegen den Beschluss gibt es gute Argumente. Wir haben uns die Entscheidung deswegen nicht leicht gemacht. Wir haben uns intensiv mit dem Für und Wider der Vorlage auseinandergesetzt und am Ende haben wir alle danach entschieden, wie wir jeweils die Argumente gewichtet haben. Deswegen haben wir im Plenum auch differenziert abgestimmt. Ein Teil unserer Fraktion hat der Vorlage zugestimmt, ein Teil war dagegen. Die Vorlage ist insgesamt im Stadtrat dann aber mit 28 zu 16 Stimmen angenommen worden. Mittlerweile ist vor Ort durch eine Bürgerbewegung auch eine Klage gegen den Satzungsbeschluss eingereicht worden. Und jetzt kümmert sich der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München mit diesem Normenkontroll-Antrag, mit dieser Klage. Wir halten euch hier natürlich weiter auf dem Laufenden, wie die Sache ausgeht.

Maria Simon:

Im Februar haben wir im Ausschuss für Umweltfragen, Natur und Klimaschutz einen Antrag zum Klimavorbehalt eingereicht. Stadträtin Anna Hopfe hat den Antrag maßgeblich vorbereitet und am Ende auch in der Sitzung eingebracht. Worum ging es in dem Antrag und wie wurde der Antrag aufgenommen?

Anna Hopfe:

Hallo Maria. Wir haben einen dreiteiligen Antrag gestellt zum Thema Klimavorbehalt. Zum einen wollten wir Bericht erstattet bekommen über die aktuelle Umsetzung des Prüfschemas Klimavorbehalt, das ja allen relevanten Beschlussvorlagen anhängt und die Klimaauswirkung des Beschlusses darstellen soll. Und wir wollten wissen, wie die Fachämter aktuell mit diesem Thema zurechtkommen, was es für Rückmeldungen gibt, weil unser Eindruck ist, dass dieses Prüfschema in der aktuellen Form eher für Frustration und mehr Bürokratie führt, anstatt wirklich zum Klimaschutz beizutragen, und wir deshalb schon länger an einer Evaluierung und vor allem an einer Weiterentwicklung arbeiten wollen. Unser zweiter Teil des Antrags waren eben konkrete Vorschläge, wie dieses Prüfschema weiterentwickelt werden und wirklich sein Potenzial entfalten kann. Leider war in der Sitzung niemand da, krankheitsbedingt, um uns ausreichend Bericht zu erstatten. Es wurde auch nicht gut vorbereitet, war mein Eindruck, und so konnten weder unsere Berichtspunkte noch unsere Forderungen diskutiert werden. Wir haben den Antrag dann zurückgestellt und uns wurde zugesagt, dass wir als Fraktionen des Stadtrats tatsächlich bei der Evaluierung mit einbezogen werden. Wir sind dafür auf jeden Fall bereit und hoffen, dass wir den Klimavorbehalt bald besser machen können.

Maria Simon:

Das klingt durchaus ernüchternd. Gut, dass wir an dieser Sache im Umweltausschuss dranbleiben. Danke für deinen Bericht, Anna.

Stefan Christoph:

Durch die steigenden Energiekosten sind in Regensburg zum 1. Januar auch die Ticketpreise beim RVV angestiegen, und zwar um durchschnittlich 7 %. Wir Grüne finden die Erhöhung kritisch. Gerade wenn wir mehr Leute dazu bringen wollen, auf den Bus und in Zukunft auch auf die Stadtbahn umzusteigen. In der letzten Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses haben wir das Thema der Tarifierhöhungen noch einmal auf die Tagesordnung gebracht. Stadträtin Theresa Eberlein kann uns das erläutern. Theresa Worum ging es dabei genau?

Theresa Eberlein:

Hallo Stefan! Genau, die Preise sind deutlich gestiegen und tatsächlich sind die Monats- und Ökotickets um 10 % gestiegen, was dazu führt, dass die Sozialtickets auf um 10 % steigen. Die sind nämlich genau 50 % des regulären Ticketpreis und für Stadt-Pass- Inhaber*innen vergünstigt um 50 %. Das finden wir nicht gut, weil alle Menschen auch in Zeiten, wo das Geld knapper wird, mobil bleiben müssen. Und wir hatten das tatsächlich Anfang des Jahres schon mal im Verwaltungs, Finanz- und Beteiligungsausschuss rückgefragt und da hatte die Oberbürgermeisterin offenes Ohr signalisiert und gesagt, dass sie das mitnimmt. Und da ist dann aber erstmal nichts passiert. Und jetzt haben wir eine schriftliche Antwort bekommen vor Kurzem, wo dann drinstand, ach ja, nee, doch nicht. Die Preise bleiben, wie sie sind. Daraufhin haben wir gesagt: Na gut, dann stellen wir den Antrag und lassen darüber noch mal abstimmen, weil wir finden, dass alle Menschen mobil bleiben dürfen und müssen und freuen uns auf die Debatte im Stadtrat.

Stefan Christoph:

Vielen Dank für deine Erläuterungen, Theresa. Das ist auf jeden Fall ein wichtiges Thema. Die Preissteigerungen betreffen ja gerade Menschen mit wenig Geld.

Maria Simon

Im Planungsausschuss am 14. Februar standen zwei wichtige Themen auf der Tagesordnung. Das eine war die Regensburger Stellplatzsatzung. Die Stellplatzsatzung regelt unter anderem, wie viele Abstellplätze für PKWs und Fahrräder auf den neu zu bauenden Grundstücken zu errichten sind. Die Änderung der Stellplatzsatzung ist dringend nötig. Es ist nicht mehr zeitgemäß, hauptsächlich auf PKW-Stellplätze zu setzen. Wir brauchen unbedingt mehr Platz für Räder und Lastenräder und auch alternative Mobilitätsformen. Viele Verbesserungen sind enthalten, wie zum Beispiel, dass die Stellplätze durch ein schlüssiges Mobilitätskonzept deutlich reduziert werden können. Jedoch sind uns die Änderungen nicht mutig genug. Wir brauchen insgesamt mehr Platz für Räder. Zum Beispiel ist für Büroräume vorgesehen, dass ein PKW-Stellplatz pro 35 Quadratmeter geschaffen werden muss, aber nur ein Fahrradabstellplatz pro 70 Quadratmeter. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Wir wollen, dass die Zahl der herzustellenden Stellplätze für Fahrräder mindestens genauso hoch sein muss wie die Anzahl der Stellplätze für PKW. Wir wollen ja den Anteil des Fahrradverkehrs steigern. Dafür muss auch die nötige Infrastruktur geschaffen werden. Mit der Änderung der Stellplatzsatzung haben wir es in der Hand, dass es zukünftig überall ausreichend Platz zum Abstellen von Rädern gibt. Leider haben wir keine Mehrheit für unseren Änderungsantrag bekommen. Wir werden sicherlich in ein paar Jahren den Antrag wieder stellen, denn das ist ein

Thema, das in der Zukunft auf alle Fälle wieder aufschlagen wird. Das zweite wichtige Thema war der Abschlussbericht zum Teilnahme- und Workshopprozess zur Verkehrsberuhigung der Regensburger Altstadt. 2019 noch wurde der Prozess von der grünen Fraktion mit auf den Weg gebracht.

Auf eine verkehrsberuhigte Altstadt arbeiten wir schon lange hin. Wir haben uns auch sehr aktiv in diesen Prozess mit eingebracht. Durch den Bericht sehen wir uns auch in unserem Kurs bestätigt. Die Regensburger und Regensburger haben klar gemacht, was sie wollen. Und das ist eine Altstadt mit besserer Aufenthaltsqualität für Menschen und nicht für Autos. Der Bericht beinhaltet auch einige Sofortmaßnahmen, zum Beispiel wurden verstärkte Kontrollen bei unzulässigen Durchfahrten wie der Gesandtenstraße oder für Parkraumkontrollen gewünscht. Eine Sofortmaßnahme hat uns gefehlt, nämlich die Verkehrsberuhigung am alten Kornmarkt. Sie ist längst überfällig. Der Platz hat so viel Potenzial und es wird schon so lange über eine Verbesserung geredet. Wir haben beantragt, die Parkgelegenheiten auf der Südseite des Platzes vor und neben der Gastronomie zu streichen. Dabei handelt es sich nur um acht Parkplätze. Anstelle dieser Parkplätze soll dieser Bereich mit Pflanzkübeln, weiteren Freisitzen, Radabstellplätzen oder temporären Sitzmöbeln gestaltet werden. Ideen zur Gestaltung gibt es viele. Leider waren wir mit unserem Vorschlag nicht erfolgreich. Aber hier bleiben wir dran. Versprochen.

Stefan Christoph:

Am zehnten und elften Februar haben wir uns als Fraktion zusammen mit dem Vorstand der Partei und der Grünen Jugend Regensburg zu unserer Winterklausur 2023 getroffen. Im Fokus hatten wir dabei zuerst eine Bilanz unserer eigenen Arbeit im Stadtrat. Was haben wir in den letzten drei Jahren und damit in der Hälfte der aktuellen Wahlperiode geschafft? Aber vor allem hatten wir auch einen Ausblick, einen Blick nach vorne: Was nehmen wir uns für die nächsten drei Jahre noch vor? Auch wenn die Arbeit der Opposition im Stadtrat nicht immer einfach ist, haben wir nach drei Jahren doch einige Erfolge erzielt. Ob es jetzt die klimaneutrale Bauleitplanung bei zukünftigen Bebauungsplänen ist, die Prüfung aller städtischen Liegenschaften und auch der evangelischen Wohltätigkeitsstiftungen auf PV-Eignung, die Umwidmung der Winzer Höhen in einen Stadtwald, die Verstärkung der Förderung für die documenta oder die Entschlackung der Bürokratie für städtische Fördergelder, also einige Dinge. Die und noch viele andere haben wir schon vorangebracht. Aber das reicht uns noch lange nicht. In vielen Bereichen, ganz großen Themen, kommen wir in Regensburg so gut wie gar nicht voran. Das liegt natürlich auch an der grauen Koalition, die ihre eigenen Ziele aus dem Koalitionsvertrag anscheinend überhaupt nicht umsetzen will. Ob wir jetzt über die Verkehrswende reden, die Stadtplanung, die Themen Umwelt oder Klimaschutz, es gibt ganz viele Bereiche, in denen wir in den nächsten Jahren wirklich schnell vorankommen müssen. Und auch das war Teil unserer Klausur. Die Themen auszumachen, die wir in den nächsten drei Jahren als Grüne noch stärker angreifen wollen.

Maria Simon:

Bereits im letzten Jahr wurde beschlossen, in das städtische Förderprogramm Regensburg effizient auch die Förderung von Solarmodulen aufzunehmen. Jetzt wurde das überarbeitete Förderprogramm durch die Stadt vorgestellt. Gefördert werden können eine klassische PV-Anlage mit maximal 1.500 € oder auch sogenannte Balkon- Solarmodule mit 150 € pro Anlage. Die Balkon-Module sind gerade für Mieter-Haushalte eine gute Möglichkeit, selbst regenerativen Strom zu erzeugen. Und das ist besonders wichtig, da grüne Energie in Regensburg bisher eindeutig Mangelware ist. Nicht einmal 10 % der für Wärme, Strom und Verkehr benötigten Energie wurden im Jahr 2020 in Regensburg erzeugt. Und das, obwohl wir ein großes Potenzial haben. Vom Förderprogramm können nun Privathaushalte, Vereine und kleine und mittelständisch Unternehmen profitieren. Mit dieser neuen Förderung kann dieses Potenzial hoffentlich verstärkt genutzt werden.

Und das ist auch dringend notwendig. Dabei freut uns auch, dass eine unserer Forderungen umgesetzt wurde. Die Kombination von Photovoltaik und Gründach sowie Fassaden-Photovoltaik wird zusätzlich gefördert. Auch konnten wir eine Verschlankung der Förderrichtlinien erreichen, was weniger bürokratischen Aufwand für die Antragsteller und Antragstellerinnen bedeutet. Auf unsere Initiative hin soll bereits im kommenden Herbst ein erster Zwischenbericht erfolgen. Wir hoffen auf große Nachfrage und werden das Thema natürlich weiterverfolgen.

Stefan Christoph:

Ja, und das war's auch schon wieder mit unserer heutigen Folge der Grünen Welle. Vielen Dank, dass ihr dabei wart. Die nächste Folge dieses Podcast erscheint am 15. März. Dann reden wir ein weiteres Mal über das Regensburger Nachtleben. Zusammen mit der Grünen Jugend und mit der Gastronomin Sophia Ramm reden wir über die vielleicht bald kommende Aufhebung der Sperrstunde. Wir freuen uns sehr, wenn ihr auch da wieder einschaltet.

Bis dahin macht's gut. Ciao!

Maria Simon:

Eine gute Zeit und bis bald. Ciao! zum Haushalt. Wir hören uns wieder am 15. Februar. Bis dahin eine gute Zeit und Ciao.